

**NACHRICHTEN**

**Niederösterreich: Verluste für Freiheitliche**

ST. PÖLTEN: Leichte Gewinne für ÖVP, SPÖ und Grüne, leichte Verluste für die Freiheitlichen (FPÖ): Dies sind die Resultate der Gemeinderatswahlen im Bundesland Niederösterreich vom Sonntag. Die Österreichische Volkspartei erreichte 48,02 Prozent der Stimmen. Das entsprach einem Plus von 0,68 Prozentpunkten im Vergleich zu den Wahlen von 1995. Leicht zulegen konnte auch die Sozialdemokratische Partei (SPÖ) und zwar um 1,38 Prozentpunkte auf 35,24. Für die Freiheitliche Partei gab es trotz mehr Kandidaturen als 1995 ein Minus von 0,33 Prozentpunkten. Sie sank auf 7,89 Prozent.

**Wade ruft Afrika zur Demokratie auf**



DAKAR: Senegals neuer Präsident Abdoulaye Wade (rechts) hat die afrikanischen Staaten bei seinem Amtsantritt aufgerufen, die Demokratie zu wagen. Er war am Samstag vereidigt worden. «Die Demokratie existiert, sie ist für alle Afrikaner greifbar, und die Senegalesen haben es bewiesen», rief der 74-Jährige bei seiner Vereidigung seinen Anhängern zu. 60 000 waren in das Stadion in der Hauptstadt Dakar gekommen, um ihr neues Staatsoberhaupt zu feiern. Sein Amtsantritt bedeutet das Ende der 40-jährigen Herrschaft der Sozialistischen Partei im westafrikanischen Land. Der Jurist gilt als liberaler Politiker. Er führte 26 Jahre lang die Opposition in Senegal an und löst nun nach mehreren vergeblichen Anläufen den seit 19 Jahren regierenden Abdou Diouf (links) ab.

**Israel gegen Truppenstationierung**

JERUSALEM/BEIRUT: Israelische Regierungsmitglieder haben am Sonntag den Vorschlag des libanesischen Verteidigungsministers Ghazi Saajter zurückgewiesen, nach dem geplanten Abzug Israels aus Südlibanon syrische Truppen in die Grenzregion zu entsenden. Der Vorschlag zeige, dass die libanesischen Regierung Angst habe, nach dem israelischen Abzug ihre Verantwortung zu übernehmen, sagte Justizminister Jossi Beilin. Der geplante Abzug der israelischen Truppen verunsichere Beirut offenbar, meinte der für die innere Sicherheit Israels zuständige Minister Schlomo Ben Ami. Auch Syrien zeigte sich skeptisch. Der syrische Außenminister Faruk Schareh distanzierte sich in Beirut nach einem Treffen mit dem libanesischen Staatschef Emile Lahud von dem Vorschlag. Bestimmte Äusserungen jetzt zu machen, könnte negative Auswirkungen haben.

**Ausschreitungen in Simbabwe**



HARARE: Bei Protesten gegen die Regierung ist es am Samstag in Simbabwe zu Ausschreitungen gekommen. Dies berichteten Augenzeugen. Nach Angaben eines Reporters der Nachrichtenagentur AFP vor Ort griffen Hunderte von Kriegsveteranen in der Hauptstadt Harare Tausende von Menschen, die gegen die Regierung von Präsident Robert Mugabe demonstrierten, mit Knütteln an. Die Demonstranten flohen in die umliegenden Strassen. Bei den Kriegsveteranen handelt es sich um die ehemaligen Kämpfer auf der Seite Mugabes. Sie hatten sich zuvor am Hauptquartier von Mugabes Partei Zanu-PF versammelt und skandierten «Krieg! Krieg!».

**KAIRO: Die Staats- und Regierungschefs der EU und Afrikas wollen heute Montag in Kairo erstmals gemeinsam einen Dialog aufnehmen. Am Sonntag berieten die EU-Aussenminister über letzte Details eines Aktionsplans.**

Im Mittelpunkt des zweitägigen EU-Afrika-Gipfels, der heute Montag beginnt, steht die Suche nach einer Balance zwischen wirtschaftlichen und politischen Reformen in Afrika. Dabei sollen auch politische Reizthemen wie Menschenrechte, Demokratie, Korruption, Terrorismus, illegaler Waffenhandel, Krisenverhinderung sowie die Einwanderungs- und Asylpolitik angesprochen werden. Die afrikanischen Staaten wünschen sich einen Schuldenerlass und eine bessere Einbeziehung in die Weltwirtschaft. Die Gesamtschulden Afrikas bei öffentlichen und privaten Geldgebern belaufen sich nach Schätzungen auf rund 350 Milliarden US-Dollar.

Die Europäer hatten eine umfassende Regelung der afrikanischen Auslandsschulden jedoch zunächst nicht zum Thema machen wollen.

Die Aussenminister der Teilnehmerländer haben am Sonntag in ei-

**EU-Afrika-Gipfel in Kairo berät über Partnerschaft**



Die Aussenminister der EU-Staaten sowie Afrikas berieten gestern in Kairo über eine Partnerschaft. (Bild: Keystone)

ner fünfständigen Diskussion ihre Meinungsverschiedenheiten beigelegt. Sie einigten sich im Vorfeld des Treffens auf den Text einer gemeinsamen Erklärung und eines Handlungsplans. Bei den strittigen Punk-

te ging es unter anderem um die afrikanischen Auslandsschulden und die Form der künftigen Zusammenarbeit. Eine «Arbeitsgruppe hochrangiger Beamter» soll demnach einen Studie zum Schulden-

problem verfassen, über die anschliessend auf Ministerebene beraten werden soll. Während des Gipfels herrschen in Kairo noch schärfere Sicherheitsbestimmungen als während des Papst-Besuches.

**Schröder würdigt Kohls Verdienste**

BERLIN: Zum 70. Geburtstag von Altkanzler Helmut Kohl hat Bundeskanzler Gerhard Schröder dessen Verdienst um die deutsche Einheit und Europa in einem Glückwunsch-Schreiben gewürdigt. Doch auch die CDU-Spendenaffäre verschwieg Schröder nicht.

«Dass die deutsche Einigung ohne nationalistische Verirrung vollzogen und unser Land um so sicherer im politischen Europa verankert werden konnte, wird im historischen Blick stets mit Ihrer Kanzlerschaft verbunden bleiben», hob Schröder in seinem am Sonntag in Berlin veröffentlichten Schreiben hervor.

Der Kanzler erinnerte den Jubilar aber auch an seine Verfehlungen in der CDU-Spendenaffäre: «Zu dem Respekt, den die Deutschen Ihnen entgegen bringen, haben sich in letzter Zeit Misstöne gesellt, die zu bewältigen Ihnen aufgegeben bleibt.» Schröder spielte damit offenbar darauf an, dass Kohl die Namen seiner Spender nach wie vor nicht nennen will.

**Niederlage für Russen**

Kaukasus: Leichen von 32 Soldaten gefunden

MOSKAU/MOSDOK: Russland hat mit dem Tod von Elitesoldaten eine neue Niederlage im Tschetschenien-Krieg eingestehen müssen. Nach einem Überfall auf eine Elite-truppe wurden in der Nacht zum Samstag die Leichen von 32 Soldaten gefunden.

Damit bestätigten sich die Befürchtungen des russischen Militärs, dass in dem Hinterhalt der etwa 300 Rebellen am Mittwoch fast die gesamte Einheit von 49 Mann getötet worden war.

Erst 19 der 32 gefundenen Leichen hätten geborgen werden können, meldete die russische Nachrichtenagentur Interfax unter Berufung auf Quellen im russischen Militärstab in Mosdok. Die anderen Leichen seien von den Rebellen vermint worden. Nur sechs Soldaten der Sondertruppe aus Perm hatten sich retten können.

Bereits Anfang März waren eine Fallschirmjäger-Einheit in den Bergen sowie eine Elite-Einheit bei Grosny in Hinterhalte der Rebellen geraten. Insgesamt waren dabei mehr als 100 Soldaten getötet wor-

den. Der tschetschenische Feldkommandeur Schamil Bassajew hat inzwischen die Auslieferung des russischen Oberst gefordert, der eine Tschetschenin vergewaltigt und getötet haben soll. Wenn Oberst Juri Budanow sich nicht bis spätestens Mittwochmorgen in der Hand der Tschetschenen befände, würden neun russische Kriegsgefangene erschossen werden, sagte ein Sprecher der Rebellen am Samstag der Nachrichtenagentur AFP. Im Austausch gegen den Oberst boten die Kämpfer Moskau die Freilassung von neun Soldaten an, die am vergangenen Mittwoch bei einer Attacke gefangen genommen worden waren. Im Hauptquartier der russischen Truppen in Mosdok in Nordossetien wurde am Samstag die Leiche eines Mannes untersucht, bei dem es sich um den vor einem Jahr entführten Generalmajor Gennadi Spigun handeln soll. Die Leiche sei vor wenigen Tagen bei Itum-Kale im tschetschenischen Hochgebirge gefunden worden, teilten die Truppen des Innenministeriums mit. Spigun war Anfang März 1999 auf dem Flughafen Grosny aus einer Passagiermaschine entführt worden.

**USA: 50 000 Sklaven pro Jahr**

NEW YORK: Rund 50 000 Frauen und Kinder vor allem aus Asien, Lateinamerika und Osteuropa werden jedes Jahr in die USA gebracht und dort als Prostituierte oder Dienstboten missbraucht. Dies heisst es in einem Bericht des US-Geheimdienstes CIA. Diese neue, «beunruhigende» Form der Sklaverei sei schwierig zu bekämpfen, heisst es im CIA-Bericht, aus dem am Sonntag die «New York Times» berichtete. Ermittlungen und Strafverfolgung gestalteten sich schwierig, weil die entsprechenden Gesetze fehlten. Menschen, die solche, moderne Sklaven hielten, würden deshalb mit einer leichten Strafe davonkommen, sollten sie erwischt werden.

**PanAlpina Sicav Alpina V**

Preise vom 31. März 2000  
**Kategorie A (thesaurierend)**  
 Ausgabepreis: € 66.70  
 Rücknahmepreis: € 65.35  
**Kategorie B (ausschüttend)**  
 Ausgabepreis: € 66.10  
 Rücknahmepreis: € 64.75

**Robinson in Tschetschenien**

GROSNY: Der Besuch der UNO-Menschenrechtskommissarin Robinson in der tschetschenischen Hauptstadt Grosny hat am Sonntag zu Verstimmungen geführt. Die Besichtigung von bestimmten Lagern wurde ihr verweigert. Mary Robinson und ihre Begleiter mussten am Sonntag drei Stunden lang in der tschetschenischen Nachbarrepublik Inguschetien auf die russischen Helikopter warten. Nach ihrer Landung in Grosny verlangte Robinson, ein Gefangenelager zu besichtigen. Dieses sollte sich nach Angaben der Menschenrechtsorganisation amnesty international in einer ehemaligen Autofabrik in Grosny befinden. Der russische General Wacha Ibragimow wies das Ansinnen Robinsons mit der Begründung zurück, dass das Lager nicht mehr existiere. (Bild: Key)

